

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/75

21. April 1975

Starker Wunsch nach Wohnbesitz

Neue Möglichkeit der Eigentumbildung im sozialen Wohnungsbau stößt auf lebhaftes Interesse

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Bürgerinitiativen und Wirtschaftsinteressen

Zur Studie des Bundesministeriums für Forschung über Protestaktionen gegen Kernkraftwerke

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie des Europäischen Parlaments
Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Wird der Markt überschaubarer ?

Anzeichen für mehr Kooperation zwischen Wettbewirtschaft und Verbrauchern

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Dokumentation

Wie sich die Bilder gleichen...

Seite 7 / 21 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120-408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 648 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Sterker Wunsch nach Wohnbesitz

Neue Möglichkeit der Eigentumbildung im sozialen Wohnungsbau
stößt auf lebhaftes Interesse

Von Karl Ravens MdB

Bundeminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Erweiterung der Angebotspalette im sozialen Wohnungsbau durch die Wohnbesitzwohnung findet offenbar trotz aller Versuche der Opposition, diese neue Möglichkeit der Vermögensbildung im Wohnungsbau in MiB-kredit zu bringen, bei der Bevölkerung lebhaftes Interesse. Bundestagsabgeordnete und das Bauministerium wurden ebenso wie beispielsweise der Deutsche Mieterbund mit Fragen nach dem "Wie?" und "Wo?" des neuen Modells überschüttet. Die Bundesregierung hat stets deutlich gemacht, daß die Wohnbesitzwohnung zunächst ein Angebot an den Markt ist. Hier entscheidet sich, ob das Modell angenommen wird. Die bisherigen Reaktionen aus der Bevölkerung scheinen zu bestätigen, daß die Bundesregierung mit ihrer Initiative "richtig lag".

Für die Wohnbesitzwohnung gelten vergleichbare Förderungsmöglichkeiten, Prämien und Steuervorteile wie beim echten Eigentum. Die gefundene Konstruktion an der Nahtstelle zwischen Eigentums- und Mietwohnung, dieser Brückenschlag zwischen sozialem Wohnungsbau und Vermögenspolitik hat vor allem den Vorteil, daß wie beim echten Eigentum, aber anders als beim Sozialmieter, die Belastungen in den ersten Jahren zwar nicht niedrig sind, in den folgenden Jahren aber immer weiter abgebaut werden können. Für eine Familie, für die es zwar nicht zum Vollaigentum reicht oder die kein Vollaigentum will, die aber dennoch ihre laufenden Aufwendungen für die Wohnung langfristig plant und durchdenkt, kann dieser Degressionseffekt bei den Belastungen eine wichtige Rolle spielen. Hinzu kommen Dauerwohnrecht, Beteiligung an den Wertsteigerungen und Vererbbarkeit.

Warum soll man in unserer Wirtschaftsordnung nicht auch einmal Immobilienfonds für den kleinen Mann auflegen und dies öffentlich fördern? Mich wundert, wenn die Opposition gerade beim Wohnbesitz darin etwas An-

rühiges zu erkennen glaubt. Wenn einkommensstarke Personen mit der Fondakonstruktion unter Ausnutzung der Steuervergünstigungen Wohnungsvermögen bilden, dann fand sie das in Ordnung. Beim Wohnbesitz, der doch die steuerlichen Vergünstigungen und die Entschuldungsgewinne gerade den einkommenschwächeren Schichten unseres Volkes zugute kommen läßt, gilt das offensichtlich nicht mehr. Dann ist die Rede von einem minderen Recht. Und dies wird so hingesezt, obwohl die Fondakonstruktion die eine, das Dauerwohnrecht die dazugehörige andere Seite des Wohnbesitzmodells ist.

Hier gibt es nicht "Eigentum minus", hier gibt es "Fonds plus". Das ist ein Angebot zur Vermögensbildung unterer und mittlerer Einkommenschichten und damit auch ein Beitrag für mehr Vermögensgerechtigkeit in unserem Lande. Daß dieses Modell durchaus praktikabel ist, beweist unter anderem gegenwärtig der Deutsche Mieterbund, der in Köln ein solches Projekt realisiert. Auflagen können einen Fonds für Wohnbesitzwohnungen beispielsweise Wohnungsbaugesellschaften oder Bauträgerunternehmen, die von den zuständigen Behörden auf Eignung und Zuverlässigkeit überprüft worden sind. Ich hoffe, daß diese Gesellschaften, angeregt durch das große Interesse in der Öffentlichkeit, von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen.

All dies aber hat eines zur Voraussetzung: Das Gesetz muß nach der Billigung durch den Bundestag nun noch die Zustimmung des Bundesrates finden. Ich meine, es stände der Opposition schlecht an, wenn sie versuchen sollte, den Bundesrat hier als ein Blockadeinstrument zu nutzen. Jahrelang hat sie ein Klagelied angestimmt, der Anteil der Eigentumsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau sei zu niedrig. Jetzt, wo dieser Eigentumsanteil kräftig steigt und die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz ein Übriges tut, kehrt sie plötzlich ihre Argumentation um. Ihrer Glaubwürdigkeit dient sie damit sicher nicht.

(-/21.4.1975/ks/pr)

+ + +

Bürgerinitiativen und Wirtschaftsinteressen

Zur Studie des Bundesministeriums für Forschung über Protestaktionen
gegen Kernkraftwerke

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie
des Europäischen Parlaments

Die Bürgerinitiativen machen von sich reden. Mag sein, daß die Er-
munterung von höchster Stelle unserer Bundesrepublik ihnen Auftrieb gab.
Ganz sicherlich haben aber die Probleme des Umweltschutzes bei der Auswahl
von Kernkraftwerkstandorten dazu beigetragen, kommunalpolitisch nicht
direkt engagierte Bürger in die Versammlungssäle und bisweilen sogar auf
die Barrikaden zu treiben. Das konnte auf die Bundesregierung nicht ohne
Eindruck bleiben. Und weil es heute üblich ist, die genialischen Gedanken-
blitze grübelnder Fachleute durch empirische Forschungen zu untermauern,
bisweilen sogar zu ersetzen, gab das Bundesministerium für Forschung und
Technologie (BMFT) an ein renommiertes Institut den Auftrag, wissenschaft-
lich die Antwort auf folgende Frage zu erforschen: "Welchen politischen
Stellenwert haben Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke?"

Runde 230.000,- DM wurden investiert, um anderthalb Jahre lang durch
gezielte Befragung in zwei typischen, von der Kernkraftwerkstandort-Pla-
nung betroffenen Räumen herauszufinden, wer die "Meinungsführer" sind und
welche "Motivation" Bürger bewegt, gegen Kernkraftwerkplanungen aktiv zu
werden. Der eine Raum ist überwiegend ländlich, geprägt vom Weinbau und
soziologisch beeinflusst von einer nahen Universitätsstadt. Es ist der Raum
Freiburg-Kaiserstuhl-Wyhl. Der zweite Raum gilt als typisches Industrie-
Ballungsgebiet. Es ist Ludwigshafen, wo die BASF sich seit Jahren bemüht,
die Genehmigung für ein eigenes Kernkraftwerk zur Erzeugung von Strom und
Prozesswärme zu erlangen.

Soziologen und auch Fachleute im Bundesministerium für Forschung und
Technologie behaupten, die ca. 350 Seiten der in monatelanger Arbeit er-
stellten und bereits vor den Wyhler Baustellenbesetzungsaktionen abgeschlos-
senen Expertise seien lesenswert und aufschlußreich. Man stelle sich vor,

um wieviel bemerkenswerter das Ergebnis noch wäre, wenn die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Forschungminister Matthöfer und Ministerpräsident Filbinger um den Kernkraftwerkstandort Wyhl ihren Niederschlag hätten finden können! Doch auch ohne dies bleibt folgendes festzuhalten: Die Meinungsforachung ergeb, daß nicht Sicherheitsbedenken der hauptsächlichliche Anlaß von Protestaktionen sind sondern - man höre und staune! - wirtschaftliche Gesichtspunkte. Die Angst, Einbussen am eigenen Geldbeutel zu erleiden - beispielsweise am Kaiserstuhl statt der allerorts beliebten Kreszenzen in Zukunft sauren Wein zu ernten, weil Kühlturmschweden die liebe Sonne im Raume Freiburg verdunkeln - rangiert in der Motivation der Bürger im ländlichen Raum vor der Furcht vor Strahlenschäden oder Unglücksfällen.

Im Industrie-Bellungsraum sieht die Sache andere aus. Dort ist nicht nur die Risikobereitschaft grösser, weil man sich in der Nähe eines Chemiegiganten seit Generationen daran gewöhnt hat, mit der Gefahr zu leben. Dort wirkt sich der wirtschaftliche Gesichtspunkt positiver im Sinne des Kraftwerkbaus aus, weil er zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen kann. Entsprechend geringer ist dort die Beteiligung an Bürgerinitiativen. Sicherlich werden Bundes- und Landesregierungen aus dem Ergebnis der Studie Schlußfolgerungen ziehen müssen: Nur mit Sicherheitsaufklärung in bezug auf Kernkraftwerke ist es nicht getan. Die Tatsache, daß erhebliche Prozentsätze der befragten Bevölkerungsschichten sogar eine deutliche Opferbereitschaft im Hinblick auf eine Einschränkung des Lebensstandards zeigten, beweist, daß dem Umweltschutz zu Lasten des Wirtschaftswachstums ein hoher Stellenwert zukommt. Das Ergebnis beweist ferner, daß - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Aktionen der Bürgerinitiativen nicht an politischen Parteien oder an Ideologien ausgerichtet sind. Auffallend ist das Selbstbewußtsein der befragten Aktionsteilnehmer, die fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Standortsuche beklagten.

Ob es für solche Erkenntnisse einer wissenschaftlichen Studie bedurfte, soll hier nicht erörtert werden. Immerhin bliebe zu untersuchen, wie man eventuelle Mehrheiten bei Bürgerinitiativen ebenso beweisen könnte, wie dies beispielsweise bei Kommunalwahlen der Fall ist. Gezielte Abstimmungen wie diejenige in Wyhl selbst oder in einer französischen Gemeinde, in der auch ein Kraftwerk gebaut werden soll, zeigten ein für die friedliche Nutzung der Kernenergie positives Ergebnis. Auch ohne Studie könnte man auf den Gedanken kommen, daß Gewerbesteuererinnahmen winkten und dies nicht ohne Einfluß blieb.

Wenn die 230.000 DM für die Studie nicht nutzlos ausgegeben sein sollen, dann müssen die Planungs- und Genehmigungsbehörden in bezug auf die Auswahl von Kernkraftwerkstandorten folgende Regel beherzigen: richtige Aufklärung, richtige Standortwahl, richtiges Verfahren. In allen drei Punkten wurde bisher gesündigt, sobald die technischen oder ökonomischen Belange der Kraftwerksbetreiber Vorrang hatten vor denen des Natur- und Umweltschutzes und vor wirtschaftlichen Interessen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung.

(-/21.4.1975/ks/pr)

+ + +

Wird der Markt überschaubarer ?

Anzeichen für mehr Kooperation zwischen Werbewirtschaft und Verbrauchern

**Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik
in der SPD-Bundestagafraktion**

Auch in unserer aufgeklärten Zeit geschehen gelegentlich Zeichen und Wunder. Zwar ist wenig Wunderbares daran, daß sich seit etlichen Wochen die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und der Zentralauschuß der deutschen Werbewirtschaft mit Zeitungsartikeln und Schwarzbüchern befassen. Ans Wunderbare aber grenzt es fast, wenn diese Schermützel vom "Handelsblatt" unter der Überschrift "Es gibt Ansatzpunkte für weitere Gespräche" kommentiert werden. Und noch ein bißchen verdutzt nimmt der kritische Leser zur Kenntnis, daß in der gewiß nicht überwiegend verbraucherfreundlichen Zeitschrift "Der Arbeitgeber" zehn Thesen über "Werbung und Verbraucher" zur Diskussion gestellt werden, die gleichfalls auf Diskussion und gemeinsame kritische Analyse des Streitpunktes Werbung hinauslaufen.

In diesem zuletztgenannten Artikel lautet beispielsweise die zweite These: "Die Werbewirtschaft ist gegenüber Kritik an der Werbung immer noch zu wenig aufgeschlossen. Die guten Ansätze, die der Kongreß der Werbung 1974 in dieser Hinsicht bot, bedürfen der Vertiefung. Man macht es sich zu bequem, wenn man Kritik an der Werbung nur bestimmten 'linken Nörglern' in die Schuhe schiebt. Die Werbewirtschaft sollte - wie Wirtschaftsminister Friderichs es formulierte - den Dialog mit den positiven Zweiflern suchen, anstatt ihm auszuweichen." In den weiteren Thesen wird darauf hingewiesen, daß die Werbetreibenden teilweise immer noch von einem Bild des Konsumenten ausgehen, das wissenschaftlich längst überholt ist. Und es wird ferner betont, daß Werbewirtschaft und Marketingwissenschaft endlich den Problembereich "Manipulation und Irreführung durch Werbung" klarer fassen sollten. Noch nicht einmal die Manipulationsbegriffe sind hier geklärt bzw. als trennscharfe Instrumente entwickelt, geschweige denn jene Werbetatbestände, die als manipulativ und irreführend anzusehen sind.

Genau dieses ist der Punkt, an dem die Kritik der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher mit der durch sie betriebenen Veröffentlichung durch das

Institut für angewandte Verbraucherschutzforschung angesetzt hat. Ganz sicher hat Prof. Dr. Hans Raffée recht mit seinen Thesen, in denen er ferner darauf hinweist, daß der Werber sich gefallen lassen muß, wenn in solchem Zusammenhang die Frage nach seiner Effizienz gestellt wird. Diese Effizienz sollte in erster Linie nach Meinung des Autors darauf abzielen, den Informationsgehalt der Werbung zu erhöhen, denn durch bessere Verbraucherinformation, d.h. durch mehr Markttransparenz und mehr Bedürfnistransparenz, sollte die Stellung des Verbrauchers am Markt gestärkt werden.

Die Werbewirtschaft, so betonen die "10 Thesen", hat die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen im Bereich der Konsumenteninformation noch nicht umfassend genug erkannt. Sie sollte z.B. bei der Unteratützung vergleichender Warentests, bei der diskutierten Schaffung eines "Ombudemens", bei der Diskussion um die Beweislast, bei strittigen Tatsachenbehauptungen und Ähnlichem besser "mitziehen". Besachtlich ist in diesem Aufsatz schließlich der Hinweis darauf, daß nur ein funktionsfähiger Wettbewerb langfristig jene Zustimmung breiter Schichten erhalten dürfte, die die Existenz unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sichert. "Daher können auch die Kosten zusätzlicher Verbraucherinformationen nicht nur vom Verbraucher getragen werden, sondern müssen vom Staat und evtl. von 'der Wirtschaft' finanziert werden. Umfang, Gestalt und Finanzierungsformen der Verbraucheraufklärung bedürfen der intensiveren Diskussion." - Dabei ist dann der Hinweis der zehnten These fest überflüssig, daß umso weniger gesetzliche Eingriffe mit der Gefahr des Dirigismus provoziert werden, je intensiver sich die Werbewirtschaft selbst durch direkte und indirekte Beiträge um eine bessere Information der Verbraucher kümmert.

Es bleibt zu hoffen, daß zwischen AGV und ZAW die Gräben der Mißverständnisse bald zugeschüttet werden, um der schriftlich bekundeten Gesprächsbereitschaft Taten folgen zu lassen. (-/21.4.1975/ks/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wie sich die Bilder gleichen...

Die Geschichte wiederholt sich zwar nicht, sagt man, aber verblüffend ist doch zuweilen die Ähnlichkeit gewisser Bilder auf ihrer Szene. Bei den Forschungsarbeiten zu seinem neuesten Buch "Aussagen zur deutschen Nation von Bismarck bis Honecker" stieß SPD-MdB Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, auf folgende Stelle im Protokoll der 80. Sitzung des Deutschen Reichstages vom 8. Juni 1929:

"Severing, Reichsminister des Innern: Nun kommt der Führer des Stahlhelms, Herr Seldte, nach der Unterredung mit dem Herrn Reichspräsidenten. Herr Seldte sagte am 16. März 1929 in Stuttgart: Der Stahlhelm haßt nicht, sondern er liebt ihn. Er liebt ihn aber mit einer zornigen Liebe (hier verzeichnet das Protokoll Lachen), weil man aus diesem Staat einen solchen Sauhaufen gemacht hat. In einer Zuschrift an die offizielle Bundeszeitung des Stahlhelms hat Herr Seldte diese Äußerung zwar zu berichtigen versucht, aber sie ist durch das Zeugnis einer Anzahl von Ohrenzeugen, die die Rede mitangehört haben, und zwar des Vertreters der 'Schwäbischen Tagwacht', des Vertreters der 'Württembergischen Zeitung', des Vertreters des 'Stuttgarter Neuen Tagblattes', des Vertreters des 'Berliner Tageblattes' (Protokoll: Zurufe von den Nationalsozialisten), des Vertreters der 'Telegraphen-Union' (Protokoll: Hört! Hört! Links!) und des Vertreters des 'Wolffschen Telegraphenbüros' bewiesen. (Protokoll: Hört! Hört! Links!)."

(-/ 21.4.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller